

Matthias Platzeck: „Zukunft braucht Herkunft“

Leseprobe

„Am 11. September 1989 bestieg ich in Budapest eine Interflug-Maschine nach Berlin-Schönefeld. Der Flug war ausgebucht, trotzdem blieben viele Sitzplätze leer. An diesem Tag wollte kaum jemand aus Ungarn zurück in die DDR. Einige Touristen, ein paar westdeutsche Journalisten. Dazu meine Freundin und ich.

Am Abend zuvor hatte der ungarische Außenminister Gyula Horn angekündigt, ab Mitternacht seien alle Bürger der DDR offiziell berechtigt, Ungarn in Richtung Westen zu verlassen. Zigtausende Ostdeutsche im Land hatten seit Wochen auf diese Nachricht gehofft. Unser ungarischer Freund, den wir besucht hatten, bot an, uns noch in derselben Nacht mit dem Auto nach Österreich zu bringen. Er erklärte uns für verrückt, weil wir die Rückkehr in die DDR auch nur in Erwägung zogen. Wir diskutierten bis in den frühen Morgen, aber unser Entschluss stand eigentlich von vornherein fest: Nein, wir würden nicht über die plötzlich sperrangelweit geöffnete österreichische Grenze in den Westen gehen. Wir würden in die DDR zurückkehren, mochte alles, was dort kommen würde, auch noch so unübersichtlich, unberechenbar und womöglich sogar gefährlich sein. Ausschlaggebend waren die Kinder, unsere Familien und Freunde. Meine Töchter lebten zwar bei meiner geschiedenen Frau, aber ich wollte sie auf keinen Fall missen. Außerdem hatten wir uns schon während der Gründung unserer Bürgerinitiative gefragt, was wir einstmals auf die Fragen unserer Kinder antworten würden. Wir wollten ihnen dann sagen können: »Wir haben zumindest versucht, dieses System ein bisschen freier, ein bisschen offener und demokratischer zu machen.« Westdeutschland spielte bei diesen Überlegungen keine Rolle.

Hätte ich damals meiner Heimat den Rücken gekehrt, wäre mein weiteres Leben völlig anders verlaufen. So aber geriet ich, kaum nach Potsdam zurückgekehrt, mitten hinein in die sich überstürzenden Ereignisse jener vorrevolutionären Wochen. Mitten im Geschehen wurde ich jetzt zum Akteur und Zeitzeugen zugleich. Die häufig - allzu schlicht - als »Wende« und »Aufbau Ost« bezeichneten historischen Prozesse der vergangenen zwei Jahrzehnte habe ich in verschiedensten Konstellationen aus nächster Nähe beobachten können. Dabei habe ich etliche Entwicklungen

mitgestalten und beeinflussen dürfen, zu manchem Fortschritt beigetragen - und auch den einen oder anderen Rückschlag eingesteckt.

Als Bundeskanzler Helmut Kohl am 1. Juli 1990 die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen beiden deutschen Staaten verkündete, gab er allzu leichtfertig die Parole aus, schon bald könne Ostdeutschland in ein neues Zeitalter »blühender Landschaften« übergehen. Den Bürgern der bestehenden, »alten« Bundesrepublik versprach er: »Keiner wird wegen der Vereinigung Deutschlands auf etwas verzichten müssen.« Den erwartungsvoll auf die Zukunft hoffenden Ostdeutschen wiederum sagte Kohl zu: »Es wird niemandem schlechter gehen als zuvor - dafür vielen besser.« Solche Sätze sollten Mut machen und Zuversicht erzeugen. Dagegen wäre nichts einzuwenden gewesen, hätte die Regierung Kohl zugleich Rezepte für den wirklich nachhaltigen Aufbau Ostdeutschlands und die gründliche Erneuerung des bedenklich in die Jahre gekommenen Erfolgsmodells West besessen. Doch solche Konzepte blieben aus. Umso tiefer fiel für viele ehemalige DDR-Bürger in den folgenden Jahren der Absturz aus - sowohl emotional als auch materiell. Und umso verständnisloser betrachteten umgekehrt manche Westdeutsche bald schon die neu Hinzugekommenen aus dem Osten. Auf die kurze Euphorie der Vereinigungsphase folgten schwere Jahre des gesellschaftlichen Umbruchs und der mühsamen Neuorientierung. Die Verwerfungen im Übergang von der staatssozialistischen Verwaltungswirtschaft der DDR zur Marktwirtschaft zerrten nicht nur an den Nerven der Menschen, sondern auch am sozialen und kulturellen Gewebe der Gesellschaft im Osten. Ein nahezu flächendeckender Zusammenbruch der Industrie, massenhafte Arbeitslosigkeit und beständige Abwanderung erschütterten in den neunziger Jahren die ostdeutschen Bundesländer. Die Perspektivlosigkeit ganzer Regionen und sozialer Gruppen hinterließ bei vielen Menschen bleibende seelische Verletzungen. Verunsicherung und Niedergeschlagenheit machte sich einige Jahre lang in Ostdeutschland breit. »Dafür sind wir 1989 nicht auf die Straße gegangen«, sagten die Leute. Und sie hatten recht.

Diese besondere ostdeutsche Stimmungslage in ihren verschiedenen Schattierungen haben manche - keineswegs nur westdeutsche - Beobachter in den vergangenen Jahren als die rückwärts gewandte, etwas selbstmitleidige »Ostalgie« eines vermeintlich chronisch beleidigten Menschenschlages missverstanden - kurz: als

Sehnsucht nach einer heimeligern, aber untergegangenen »guten alten Zeit« vor 1989. Sicher, auch diese Stimmung ist in Ostdeutschland hier und da anzutreffen. Bei meinen täglichen Begegnungen mit Bürgerinnen und Bürgern in Brandenburg höre ich immer wieder den auf die DDR bezogenen Satz: »Es war nicht alles schlecht.« Worauf ich zunächst gerne scherzhaft antworte: »Aber es war auch nicht alles gut.« Kommt es dann zum Gespräch, stellt sich meist sehr schnell heraus, was die Menschen wirklich meinen, die heute bei dem Glaubenssatz »Es war nicht alles schlecht« Zuflucht suchen.

Selbstverständlich bedeutete die DDR für Millionen von Menschen in Ostdeutschland - auch für mich - über Jahrzehnte hinweg vor allem ganz normales Leben: Schule und Ausbildung, Beruf und Karriere, Familie und Freundschaften, Höhen und Tiefen, Liebe und Leid, Hoffnungen und Enttäuschungen, Kinder und Enkel. Insofern lebten Menschen in der DDR, sehr vereinfacht gesagt, so wie anderswo auch. Die in der westlichen Bundesrepublik verbreitete Annahme, Bürgerinnen und Bürger der DDR seien zeit ihres Lebens immer nur Opfer des Systems gewesen, lehnen die so Beschriebenen fast durchweg ab - zu Recht, wie ich meine. Auch ich sehe mich nicht gerne so beschrieben, denn diese Charakterisierung spiegelt allenfalls einen kleinen Ausschnitt der Vielfalt meines Lebens zwischen 1953 und 1989 wider. Ja, Opfer eines letztlich untauglichen Systems und seiner Beschränktheit waren wir DDR-Bürger ganz sicher auch, aber darauf allein beschränkte sich unser Dasein bis 1989 nun wirklich nicht.

Die meisten Darstellungen der DDR zielen entweder klar auf Verurteilung oder, umgekehrt, auf Rechtfertigung ab. Ich verstehe gut, warum sich sehr viele Menschen in Ostdeutschland in dieser Unterscheidung nicht wiederfinden: Sie hat in ihrer Eindeutigkeit mit den ganz konkreten Alltagserfahrungen der ehemaligen Bürgerinnen und Bürger der DDR sehr wenig tun. Wer wie ich in den Jahrzehnten zwischen 1949 und 1989 zwischen Ostsee und Erzgebirge, Harz und Oderbruch aufwuchs, der war nun einmal in der DDR zu Hause. Dieses Land war uns vertraut. Es war, im Guten wie im Schlechten, unsere »Normalität«. Ob sich die Heimatgefühle der Menschen auch auf die Ideologie und Staatsordnung des Landes erstreckten, das war eine ganz andere Frage und für die Lebensläufe der Menschen nicht vorrangig. Im Übrigen: Für manche praktischen Probleme fand die DDR sogar

gute Lösungen. Inzwischen werden sie auch in den alten Bundesländern endlich offener diskutiert und nachgeahmt. Man denke an Kindertagesstätten, Ganztagschulen und Polikliniken.

Dass die Zahl der vom DDR-Sozialismus völlig überzeugten Bürger überschaubar blieb, hatte triftige Gründe. Wer alt genug ist, weiß noch sehr genau, wie es tatsächlich zugeht und aussah im Land, besonders in den späten Jahren des Regimes. Wer sich ehrlich erinnert, der kennt auch noch das lähmende Grundgefühl der Vergeblichkeit, das das Leben in der DDR zunehmend prägte. In einem Tagebucheintrag vom September 1982 hielt die Schriftstellerin Christa Wolf fest: »Eben dies, die bleiern graue Resignation, das bequeme Sich-Gehen-Lassen, hat ja die allermeisten Leute erfasst, die normalerweise schöpferisch sein könnten: Wer eine Generation lang daran gehindert wird, gibt es schließlich auf. Oder geht weg. Mehltau legt sich über alle und alles.«

Das trifft die Stimmung in der DDR der achtziger Jahre sehr gut. Jener Mehltau, der mit den Jahren immer dicker wurde, erstickte tatsächlich Kreativität und Initiative. Betriebsleiter wussten kaum noch, wie sie ihre Pläne erfüllen sollten. Auf den Flüssen unseres schönen Landes schwammen oft giftige Schaumkronen. In Dörfern und Städten zerfiel zusehends wertvolle historische Bausubstanz. Die Versorgung mit ganz alltäglichen Gütern funktionierte immer schlechter. Ausgerechnet Günter Mittag, viele Jahre lang mächtiger Wirtschaftslenker der SED, brachte die trostlose Wahrheit im Rückblick illusionslos auf den Punkt: »Ohne die Wiedervereinigung wäre die DDR einer ökonomischen Katastrophe mit unabsehbaren sozialen Folgen entgegengegangen ... Unbeschreiblich. Da läuft es mir heiß und kalt über den Rücken. Mord und Totschlag, Elend, Hunger.«

War also doch alles schlecht in der DDR? Der scheinbare Widerspruch ist in Wirklichkeit gar keiner: Als alltägliche Heimat und Ort unseres gelebten Lebens war die DDR völlig selbstverständlich »unser Land«. Als Gesellschafts- und Wirtschaftssystem hingegen war sie am Ende weder reformierbar noch überlebensfähig. Vor Ungerechtigkeit und Willkür geschützt hat diese selbst ernannte »Diktatur des Proletariats« ihre Arbeiter und Bauern nie. Und deshalb wünschte eine riesige Mehrheit der Ostdeutschen in den letzten Jahren der DDR nichts sehnlicher

herbei als einen wirklichen Neuanfang. So übermächtig wurde diese Sehnsucht bei vielen, dass sie sogar die eigene Heimat verließen, um im Westen bei null wieder anzufangen. Fast immer war das eine schwere Entscheidung. Weitaus lieber bleiben Menschen nun einmal dort, wo sie ihre Wurzeln, Familien und Freunde haben.

Eben deshalb taten wir Bürgerinnen und Bürger der DDR mit unserer friedlichen Revolution von 1989 dann doch das Richtige. Wir haben den Staat der SED, in dem nichts mehr ging, beseitigt und uns auf den Weg in ein geeintes, parlamentarisch-demokratisch verfasstes Deutschland begeben - eine Gesellschaft mit mehr Freiheit und besseren Lebenschancen, als wir sie in der DDR jemals besaßen. Das zu betonen bedeutet keineswegs, dass im gemeinsamen neuen Deutschland alles von vornherein besser wäre als in der DDR. Es bedeutet auch nicht, dass die DDR keine bewahrenswerten Seiten aufgewiesen habe. Es bedeutet aber, dass wir uns für eine Gesellschaftsform entschieden haben, die zur Verbesserung, zur Erneuerung und zur Selbstkorrektur von innen heraus fähig ist.

»Was nützen uns die schönsten Freiheiten, wenn die Marktwirtschaft genauso schlecht funktioniert wie damals die DDR?« So wird gerade angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise nicht selten gefragt. Wer sich aber ein wenig umsieht in Europa und der Welt, der erkennt schnell, wie viel uns gelungen ist; der erkennt, dass wir in Ostdeutschland in Wahrheit unendlich viel zu verlieren haben. Aber kein Zweifel: Tiefe Finanz- und Wirtschaftsmisere wie die gegenwärtige bieten begründete Anlässe für kritische Fragen.

Trotzdem führt das Aufrechnen von freiheitlicher Demokratie gegen staatssozialistisches System in die Irre. Denn unsere demokratische Gesellschaft mit ihren Grundrechten und Grundfreiheiten ist ein Wert an sich. An sie haben wir uns allerdings mittlerweile auch so sehr gewöhnt, dass wir sie zuweilen für selbstverständlich halten und manchmal kaum noch wahrnehmen. Doch selbstverständlich sind Freiheit und Rechtsstaatlichkeit eben niemals. Wir würden diese Erträge der Revolution von 1989 bitter vermissen, würden wir sie im 21. Jahrhundert aus Nachlässigkeit noch einmal aufs Spiel setzen.

Was bleibt also von 1989? Damals sind wir gemeinsam aufgebrochen. Ungezählte Bürgerinnen und Bürger haben seither ihr Teil dazu beigetragen, dass Ostdeutschland weit vorangekommen ist. In der DDR war immer viel von "Aufbau" die Rede - viel zu viel sogar. Der Aufbau hingegen, der uns seit 1989 in Ostdeutschland unter enorm schwierigen Bedingungen gelungen ist, wird gemessen daran deutlich weniger thematisiert - zu wenig. Ich finde, dass sich das ändern sollte, und zwar schon deshalb, weil wir in ganz Deutschland in den kommenden Jahren noch eine ganze Menge von der unverzagten und unerschrockenen Grundhaltung brauchen werden, die Millionen von Ostdeutschen seit dem Herbst 1989 an den Tag gelegt haben. Rückschläge erleiden, wieder aufstehen, sich neu orientieren und unbeeindruckt weitermachen - genau das haben die Ostdeutschen in den vergangenen zwei Jahrzehnten sehr gründlich erlernt. Das sind nicht die schlechtesten Fertigkeiten, um im 21. Jahrhundert zurechtzukommen."